



Thomas Hampel
Polizeipräsident von München

/// Entwicklungen und Gegenstrategien am Beispiel der Landeshauptstadt München

Gewalt gegen Polizeibeamte

Vom idealistischen Helfer in Uniform zum Opfer von Hass und Gewalt – Polizisten stehen bei Studien zu den angesehensten Berufsgruppen Deutschlands seit Jahren in den Top Ten. Im Berufsalltag erleben sie hingegen regelmäßig fehlende Wertschätzung, die im schlimmsten Fall zu Gewalt umschlägt. Dieser Beitrag nimmt aktuelle Entwicklungen und Gegenstrategien in den Fokus.

Die Lage

Das Polizeipräsidium (PP) München ist für die Landeshauptstadt München, den Landkreis München sowie einen kleinen Teil des Landkreises Starnberg (die Gemeinde Krailling und den Ortsteil Stockdorf der Gemeinde Gauting) zuständig. Insgesamt arbeiten ca. 6.500 Beschäftigte für die Münchner Polizei, hiervon sind etwa 5.400 Vollzugsbeamte.

Betrachtet man die Zahlen der vergangenen Jahre, so ist im Langzeitvergleich seit 2012 ein kontinuierlicher Anstieg der Fälle von Gewalt gegen Polizeibeamte festzustellen. In den vergangenen Jahren bewegte sich die Zahl der Straftaten gegen Polizeibeamte immer bei über 1.400 Delikten.

Seit 2012 hat die Gewalt gegen Polizeibeamte zugenommen.

Abbildung 1: Langzeitvergleich der Fallzahlen zu Delikten „Gewalt gegen Polizeibeamte“



Quelle: eigene Darstellung

Vergleicht man die Zahl der Fälle von Gewalt gegen Polizeibeamte mit dem hohen Einsatzaufkommen im Bereich des PP München mit über 300.000 Einsätzen pro Jahr und mehr als 1.000 Notrufen pro Tag, so mag sie dem einen oder anderen vielleicht sogar niedrig erscheinen, denn rein statistisch betrachtet sind es vier Delikte pro Tag. Doch am Ende jedes Tages kehren die betroffenen Polizeibeamten teilweise verletzt zu ihren Familien zurück. Sie wurden im Rahmen ihres Dienstes Opfer einer Straftat, die keinesfalls ein Kavaliersdelikt ist.

Neben der allgemein hohen Einsatzbelastung im Polizeialltag ist München, die „Weltstadt mit Herz“, ein gern gewählter Ort für Großereignisse und Veranstaltungen aller Art und hat so einige polizeiliche Großeinsätze zur Folge. Exemplarisch dafür stehen die zuletzt stattgefundenen Sportevents wie die European Championships 2022 und die Fußball-Europameisterschaft 2020 (in 2021 ausgespielt), die sich mit der Internationalen Automobilausstellung oder den Demonstrationen zum G7-Gipfel, die aus dem Voralpenland in die Hauptstadt getragen wurden, abwechseln.

Auch die vergangenen Corona-Jahre hielten viele zusätzliche, schwierige Einsatzanlässe bereit – wie die Kontrollen zur Durchsetzung des Infektionsschutzgesetzes und auch zahlreiche Anti-Corona-Demos.

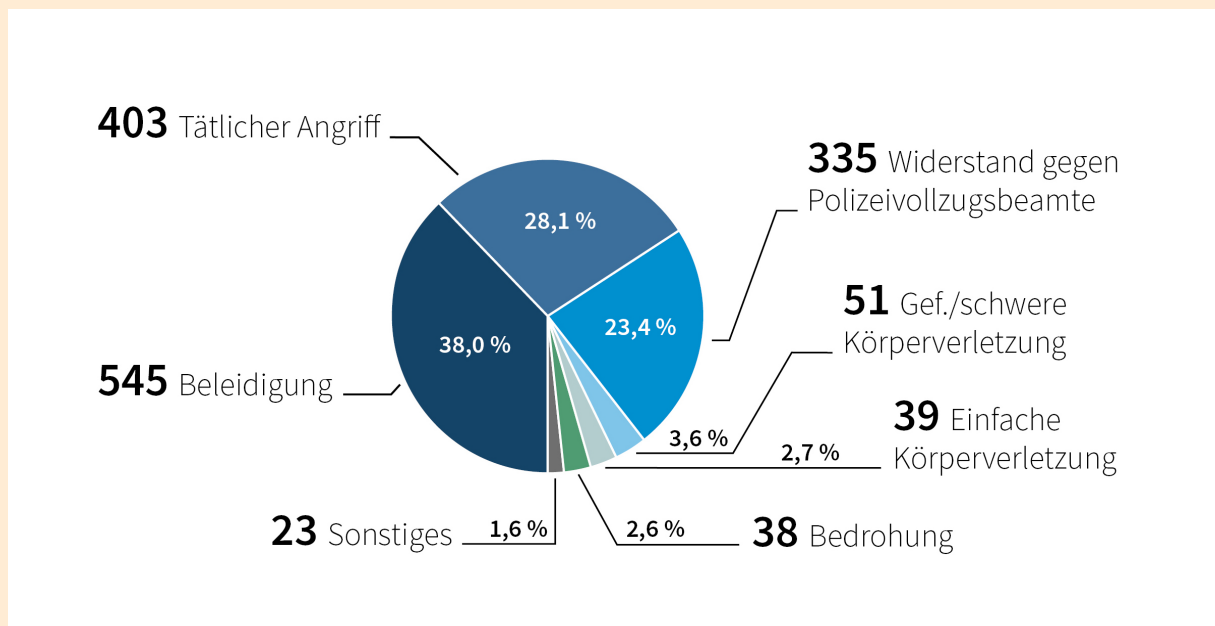
Die Polizei ist eine gesellschaftliche Autorität und setzt das Gewaltmonopol des Staates durch. Wenn Recht und Ordnung durchgesetzt werden müssen, stößt das nicht selten auf Gegenwehr – manchmal mehr und manchmal weniger heftig. Als ausführende Gewalt stehen Polizeibeamte als Stellvertreter des Staates im Fokus. Insbesondere während der Corona-Pandemie, als viele Mitmenschen im Unverständnis über die Maßnahmen der Regierung waren, barg dies das erhöhte Risiko, schneller selbst Zielscheibe und Opfer zu werden.

Die Einsatzbelastung in München ist hoch, insbesondere durch Großeinsätze.

Wie sieht Gewalt gegen Polizeibeamte aus?

Hauptsächlich handelt es sich bei den Gewaltdelikten gegen Polizeibeamte um Beleidigungen, tätliche Angriffe oder Widerstände. Ein Teil entfällt auf Körperverletzungsdelikte, Bedrohungen und weitere Straftaten. Die vergangenen Jahre wurden pro Jahr mehr als 3.000 Polizeibeamte Geschädigte einer solchen Tat, jeder Sechste wurde dabei sogar verletzt.

Abbildung 2: Deliktsverteilung im Jahr 2021



Quelle: eigene Darstellung

Die Folgen der Gewalttat können für den Betroffenen sehr unterschiedlich sein. Neben den körperlichen Verletzungen, die in ihrer Bandbreite von beispielsweise Prellungen und Schürfwunden zu langwierigen Knochenbrüchen oder Sehnenrissen reichen, dürfen sowohl die Verletzung des persönlichen Ehrgefühls und vor allem psychische Folgen nicht außer Acht gelassen werden. Insbesondere Letztgenannte finden sich in keiner Statistik wieder, da die seelischen Auswirkungen auch zeitversetzt zum Ereignis auftreten können oder sich teilweise durch die Summe der Gewalterfahrungen erst nach Jahren ausbilden.

Entscheidend ist bei solchen Übergriffen daher die Nachsorge, um den Polizeibeamten dabei zu helfen, Erlebtes zu verarbeiten, den Umgang mit belastenden Einsätzen zu lernen und auch Unterstützung bei schwerwiegenden Verletzungen anzubieten.

Die Folgen von Gewalttaten sind oft körperliche, aber auch psychische Verletzungen.

**Die professionelle
Betreuung nach
belastenden Einsätzen
wird immer wichtiger.**

Unterstützungsangebote für Polizisten

Neben der kollegialen Unterstützung und der Betreuung durch Vorgesetzte – wie zum Beispiel den Dienststellenleiter – stehen im Rahmen der psychosozialen Unterstützung und der psychologischen Nachbereitung des Einsatzgeschehens innerhalb der Bayerischen Polizei ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung. Der Zentrale Psychologische Dienst der Bayerischen Polizei mit Sitz in München ist hier die professionelle Anlaufstelle für alle Polizeibeamten in Bayern. Das Team aus Polizeipsychologen, Sozialpädagogen, Polizeiseelsorgern und weiteren besonders geschulten Beamten übernimmt die gezielte Betreuung nach potenziell belastenden Einsätzen. Standardisiert ist die Betreuung zum Beispiel bereits bei Einsätzen mit schwer verletzten oder getöteten Polizeibeamten. In allen anderen Fällen kann zum Beispiel der Zentrale Psychologische Dienst der Bayerischen Polizei jederzeit kontaktiert werden, eine Erreichbarkeit rund um die Uhr ist gewährleistet. In Einzelfällen, bei denen auch eine Angehörigenbetreuung sinnvoll ist, kann in München zudem das Kommissariat 105 für Prävention und Opferschutz unterstützend hinzugezogen werden.

Daneben sind auch die Bayerische Polizeistiftung und bestehende Stiftungen der Gewerkschaften aktiv. Durch die Personalvertretung sowie die Dienststellenleiter kann ein Antrag auf Zuwendung an die Stiftung gestellt werden. Die Unterstützung geschieht primär in finanzieller Form. Zudem besteht das Angebot von kostenlosen Erholungsaufenthalten in Ferienwohnungen im bayerischen Voralpenland, um Regeneration und Entspannung nach traumatischen Diensterlebnissen zu ermöglichen.

Klares Signal an die Täter

Auch das förmliche Strafverfahren hat oft einen Einfluss auf die persönliche Verarbeitung der Tat. Gerade im Polizeiberuf haben Werte wie ein ausgeprägter Gerechtigkeitsinn, Gesetzestreue und die Übernahme von Verantwortung für das eigene Handeln einen hohen Stellenwert und das Vertrauen in ein rechtsstaatliches Verfahren ist groß.

Der Gesetzgeber hat im Mai 2017 reagiert und mit der Einführung neuer Straftatbestände wie dem tätlichen Angriff durch das gleichnamige „Gesetz zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften“ für eine Verbesserung gesorgt. Ebenso werden Übergriffe seitdem härter bestraft, da die Strafandrohungen erhöht wurden.

Zudem gibt es auf Initiative des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration sowie des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz seit 4. März 2020 einen bayernweiten „Aktionsplan Gewalt gegen Einsatzkräfte“. Ziel des Aktionsplanes ist eine noch engere Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaften bei Gewaltdelikten gegen Einsatzkräfte, um besonders schwerwiegende oder öffentlichkeitswirksame Taten priorisiert zu bearbeiten und zu bestrafen. Die konsequente Ahndung durch die Justiz ist wichtig, um abschreckende Effekte zu generieren.

Der „Aktionsplan Gewalt gegen Einsatzkräfte“ soll die Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaften weiter vertiefen.

Doch wer sind die Personen, die nun härter bestraft werden, deren Hemmschwelle und deren Respekt so niedrig liegt, dass für sie ein Mensch, nur aufgrund der Tatsache, dass er eine Uniform trägt, zum Hassobjekt wird?

In den vergangenen Jahren lag die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen zwischen 1.200 und 1.300. Rund 80 Prozent von ihnen sind männlich und bei Tatbegehung älter als 21 Jahre. Mehr als die Hälfte von ihnen stand unter dem Einfluss von Alkohol, der bei diesen Taten wesentlich höher ist als im Vergleich zur Gesamtkriminalität und auch der einzeln betrachteten Gewaltkriminalität. Auch der Einfluss von Drogen oder Medikamenten spielt bei etwa 8 Prozent der Tatverdächtigen eine nicht unwesentliche Rolle.

Aus der Praxis

Polizeibeamte müssen stets mit Angriffen rechnen.

Häufig finden die Angriffe aus alltäglichen Situationen heraus statt. Es sind nicht nur Einsätze, bei denen die Beamten jemanden in Gewahrsam nehmen, nach einer Straftat eine Identität feststellen oder eine Festnahme durchführen. Auch bei Fällen, in denen Beamte präventiv tätig werden, um Gefahren für andere abzuwehren und um Menschen zu helfen, finden Angriffe statt. Selbst bei Standardsituationen müssen Beamte immer auf Angriffe vorbereitet sein.

Das zeigt vor allem das dramatische Beispiel aus Kusel, als ein Kollege und eine Kollegin aus Rheinland-Pfalz im Januar 2022 bei einer Verkehrskontrolle erschossen wurden. Der Auslöser für die tödlichen Schüsse war die Vertuschung einer Straftat der Jagdwilderei. Das Landgericht Kaiserslautern verurteilte den Hauptangeklagten im November 2022 zu lebenslanger Haft.

Eine ähnlich erschütternde Tat ereignete sich im Juni 2017 in München, als zwei Polizisten zur Aufnahme eines Körperverletzungsdelikts am S-Bahnhof Unterföhring eingesetzt waren. Bei der Befragung eines Verdächtigen entriß dieser dem Polizeibeamten die Waffe aus dem Holster und schoss am Bahnsteig um sich. Er verletzte die Kollegin dabei lebensgefährlich, sie befindet sich bis heute im Wachkoma.

Ein anderes Beispiel in München ist vom Januar 2023. Mehrere Polizeibeamte sind zu einem Beherbergungsbetrieb in der Innenstadt gerufen worden. Im Erdgeschoss trat ein 28-jähriger Mann aus einem Aufzug. Er sollte kontrolliert werden. Plötzlich zog er unvermittelt ein Klappmesser aus seiner Jackentasche und stach in Richtung des Halses eines Polizeibeamten. Dieser reagierte geistesgegenwärtig und riss seine Arme nach oben. Er konnte den Angriff abwehren, erlitt dabei jedoch Schnittverletzungen – glücklicherweise nur an den Händen. Der 28-Jährige konnte überwältigt und festgenommen werden. Die Ermittlungen gegen ihn laufen wegen eines versuchten Tötungsdelikts.

Die Anzahl der Taten von Gewalt gegen Polizeibeamte, bei denen die Täter sogar Hieb- und Stich- oder Schusswaffen nutzen, liegt jährlich im unteren zweistelligen Bereich. Trotzdem sind diese dynamischen Situationen für die Einsatzkräfte besonders bedrohlich.

Polizeiliche Strategie

Eine umfassende Ausbildung sowohl in der Vermittlung der rechtlichen Grundlagen und auch durch polizeiliches Einsatztraining entscheidet im gleichen Maß wie eine schnelle Reaktionsfähigkeit, um in lebensbedrohlichen Einsatzlagen sofort vom bürgernahen Verhalten auf ein robustes Auftreten umschalten zu können.

Für 2023 wurde als bayernweites Leitthema im polizeilichen Einsatztraining der Umgang mit Personen mit Hieb-, Stoß- oder Stichwaffen gewählt. Die hohe Verfügbarkeit von Messern und ähnlichen Waffen in der Gesellschaft und die Möglichkeit, diese leicht verdeckt tragen zu können, stellen für Polizeibeamte ein besonders hohes Risiko dar. Deshalb wird in verschiedenen Seminaren für diese Gefahren erneut sensibilisiert. Spezifische Taktiken und Strategien, die hierbei gelehrt werden, sollen Handlungsoptionen schaffen und für den Ernstfall Handlungssicherheit geben.

Im Rahmen der Einsatztaktik wird sowohl im alltäglichen Streifendienst als auch bei großen Einsätzen ein entsprechender Kräfteansatz gewählt. Für bestimmte Einsatzlagen wie beispielsweise Demonstrationen werden bevorzugt besonders geschulte Einheiten – die geschlossenen Einheiten – eingesetzt. Auch hier stieg die Belastung an. Während 2020 noch circa 1.500 Versammlungen stattfanden, stieg die jährliche Anzahl in den letzten beiden Jahren auf um die 2.200 Demonstrationen an.

Der Umgang mit Personen mit Hieb- und Stichwaffen wird in speziellen Seminaren gelehrt.

Ausstattung und Einsatzmittel

Neben der hohen Polizeipräsenz ist auch die Ausstattung der Polizei ein wichtiger Baustein, um der Gewalt gegen Polizeibeamte zu begegnen.

Seit dem Frühjahr 2019 sind die Polizisten des PP München mit Body-Cams ausgestattet. Sie leisten im täglichen Dienst einen erheblichen Beitrag zum Schutz unserer Polizeibeamten, gerade vor dem Hintergrund der hohen Fallzahlen von Gewalt gegen Polizeibeamte. Die Akzeptanz ist groß, nicht nur bei den Beamten, sondern auch bei den Bürgern. Auch, weil die Aufnahmen als objektives Beweismittel im Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren verwendet werden. Bei etwa einem Viertel der Fälle wurde die Body-Cam aktiviert und lieferte Bilder der Tat. Zudem stellen die Beamten bei jeder vierten mit präventiver Zielrichtung erfolgten Aktivierung der Body-Cam eine deeskalierende Wirkung fest und Taten können so auch verhindert werden.

Die 2017 eingeführte ballistische Schutz-ausstattung schützt die Polizei bei Übergriffen.

Bereits 2017 wurde die neue ballistische Schutzausstattung bei der Bayerischen Polizei eingeführt. Die Kombination einer ballistischen Schutzweste mit praktischer Funktionshülle, die Halterungen für verschiedene Einsatzmittel wie Body-Cam, Funkgerät oder zusätzliche Magazine vorsieht, kann lageangepasst mit zusätzlichen Schutzelementen erweitert werden. Ein Schulterüberwurf mit Tiefschutz vergrößert die geschützte Körperfläche deutlich und der ballistische Helm komplettiert die Schutzausstattung. Die reflektierende Aufschrift „Polizei“ garantiert die Erkennbarkeit und die deutliche Identifizierung als Polizeibeamter.

Die Umstellung der Dienstpistole der Bayerischen Polizei auf das Modell SFP9 von Heckler & Koch begann im Jahr 2019 und ist zwischenzeitlich abgeschlossen. Einen großen Mehrwert hat insbesondere die höhere Magazinkapazität, die mit 15 Schuss beinahe doppelt so hoch wie bei der bisherigen P7 ausfällt.

Ein geringeres Gewicht, die einfache und sichere Bedienung sowie die individuelle Anpassbarkeit durch ein Griffstück in verschiedenen Größen sind weitere positive Aspekte der neuen Dienstwaffe. Im Ernstfall ist sie die „Lebensversicherung“ eines Polizeibeamten. Gleichwohl kommt die Waffe relativ selten zur Anwendung. 2022 wurde sie einmal gegen Personen eingesetzt.

Ein zusätzliches Einsatzmittel ist das Distanz-Elektroimpulsgerät (DEIG), welches umgangssprachlich oft als „Taser“ bezeichnet wird. Dieses ist bei den bayerischen Spezialeinheiten bereits seit 2006 im Einsatz. Da das DEIG eine sinnvolle Ergänzung zu den bereits vorhandenen Einsatzmitteln ist, wurde nach einem erfolgreichen Pilotversuch 2019 mit mehreren Einsätzen die Ausstattung aller Unterstützungskommandos (USK) und geschlossenen Einheiten beschlossen.

Alle Unterstützungskommandos und geschlossenen Einheiten sind mit Distanz-Elektroimpulsgeräten ausgestattet.

Bei allen Einsatzmitteln und Ausrüstungsgegenständen ist ein regelmäßiges Training wichtig, um größtmögliche Handlungssicherheit herzustellen und bestmöglich auf reale Einsatzsituationen vorbereitet zu sein.

Als Münchner Polizei ist es unser Bestreben, professionell aufzutreten. Hierbei hilft uns eine zukunftsorientierte Ausstattung. Gepaart mit unserer Präsenz im öffentlichen Raum und einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit auch über die sozialen Medien, um aufzuklären und Transparenz zu schaffen, gelingt uns der Spagat, eine bürgernahe Polizei zu sein.

Helfen Sie uns dabei, dass wir uns selbst sicher fühlen, um für Ihre Sicherheit zu sorgen. Denn: Vertrauen schafft Sicherheit. Sicherheit ist Lebensqualität!

///